

# Selbstdarstellung

Endlich können jetzt auch Studierende in Duisburg die zahlreichen Angebote der Gewerkschaft ver.di nutzen.

Die ver.di-Campusgruppe besteht aus interessierten, politischen und engagierten Studierenden.  
**Service und Themen von Verdi Campus:**

Hilfe und Tipps beim Studium.

Praktika: Wie komm ich dran, wie komm ich durch, ... kommt was danach?  
Stress im Nebenjob - was tun?

Arbeits- und Sozialrechtsschutz - unsere Anwälte helfen weiter.

www.Tarifini.de: Gute Bezahlung für studentische Hilfskräfte sichern.

Kampagne gegen Coca-Cola - Solidarität mit Gewerkschaftern in Lateinamerika.

Zahlreiche Seminare und Bildungsangebote, politische Veranstaltungen und Aktionen.

Jeder und jede Studierende ist herzlich eingeladen, bei uns reinzuschauen.

Wir freuen uns immer über neue Leute mit frischen Ideen und Themenvorschlägen.

Schreibt uns eine Mail und Ihr bekommt über den E-Mail Verteiler regelmäßig Infos über unsere Veranstaltungen sowie wichtige News zu Studium, Praktika, Jobs, Rechtsänderungen, Politik, etc....

**Treff:** Jeden ersten Dienstag im Monat, 20 Uhr im LF 031 (AStAkeller/ Campus Duisburg)

**Ansprechpartnerinnen und Sprecherinnen der ver.di- Campusgruppe:**

Sprecherinnen:

Sarah Stockmann: sarah.stockmann@arcor.de

Juliane Elpelt: jules4@web.de

Weitere Infos unter [www.verdi-campus.de](http://www.verdi-campus.de)

## Termine

Prof. Georg Fülberth (Marburg): **"G-Strich" - Kleine Geschichte des Kapitalismus**  
Mi. 25.10.06, 10 - 12 Uhr, Raum LB 117 (Duisburg)

Dipl. Ökon. Ralf Krämer (Berlin): **"Mindestlohn versus bedingungsloses Grundeinkommen? Wirtschaftspolitische Alternativen zum neoliberalen Mainstream"**  
Mi. 08.11.06, 16 - 18 Uhr, Raum LB 335 (Duisburg)

Prof. Arno Klönne (Paderborn):  
**"Kapital-Verbrechen" - Zur Kriminalgeschichte des Kapitalismus**  
Mi. 15.11.06, 10 - 12 Uhr, Raum LB 117 (Duisburg)

Prof. Karl Georg Zinn (Wiesbaden):  
**"Wie Reichtum Armut schafft oder die Bedeutung von Keynes für eine alternative Wirtschaftspolitik"**  
Mi. 22.11.06, 10 - 12 Uhr, Raum LB 117 (Duisburg)

Fiesta Latina: **Infos aus Kolumbien und Salsa-Fete**

Am Fr. den 17.11. um 20 Uhr (Ort wird noch bekannt gegeben)

Zwei kolumbianische Gewerkschaftskollegen erzählen von der Arbeit gegen Unternehmerwillkür, staatliche Repression und Todesschwadronen. Tausende Gewerkschafter wurden in den letzten Jahren in Kolumbien erschossen. Anschließend Salsa-Party



# Campus

Info  
10/2006

## "United we stand - Divided we fall"

Viele deutsche Hochschulen können ihren Betrieb nur noch mit Hilfe der etwa 100.000 Studentischen Beschäftigten aufrechterhalten. Ohne sie müssten Bibliotheken schließen, würden Tutorien ausfallen und auch die Forschung käme zum Erliegen. Doch obwohl diese Arbeitskräfte eine so wichtige Rolle spielen, müssen sie zu Bedingungen arbeiten, bei denen anderen ArbeitnehmerInnen die Luft wegbleiben würde.

Die Bedingungen werden von der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) in einer Richtlinie einseitig diktiert. Dabei wird von den Bundesländern der dort festgelegte Maximallohn von 8,02 € teilweise deutlich unterschritten, die letzte Lohnerhöhung für studentische Beschäftigte liegt nunmehr fast zehn Jahre zurück. Ebenso wichtig wie eine Verbesserung der Entlohnung ist allerdings das Durchsetzen elementarer ArbeitnehmerInnenrechte, zum Beispiel die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder das Recht, eine Personalvertretung zu bilden.

Die studentische Tarifvertragsinitiative (Tarifini) arbeitet seit Februar 2002 an dem Ziel, die studentischen beschäftigungs-

hältnisse an den Hochschulen bundesweit einheitlich tariflich zu regeln. Grundlage der Forderungen sind die Regelungen im - bereits gelungenen - Berliner Tarifvertrag für studentische Beschäftigte (TVStudII), in welchem z.B. ein Stundenlohn von 10,98 Euro sowie eine Mindestvertragsdauer von 4 Semestern und mind. 40 Stunden im Monat festgelegt ist.

Ein großer Teil der Studentischen Hilfskräfte hat seit dem 01.01.2002 sogar bereits einen Anspruch auf deutlich bessere Bezahlung, längeren Urlaub und die übliche soziale Absicherung: Alle Studentischen Beschäftigten, die an Hochschulen technische und/oder Verwaltungstätigkeiten ausüben, fallen seitdem unter den Bundesangestellten-tarifvertrag (BAT), der auch für die festangestellten KollegInnen gilt. Aufgrund eines Urteils des Europäischen Gerichtshofs musste der BAT dahingehend geändert werden. Ob Ihr unter den BAT fällt oder nicht, bestimmt sich seitdem nur noch über Eure Tätigkeit, nicht etwa über die Höhe des Lohns.

Die Neuregelung des BAT betrifft allerdings nicht diejenigen, die unmittelbar in Forschung und Lehre tätig sind, also TutorInnen oder die klassischen "Hilfskräfte" der ProfessorInnen.

Nur wer in der Verwaltung arbeitet, Bibliotheksaufsicht führt, in Rechenzentren oder in anderen Leistungseinrichtungen der Uni tätig ist, fällt unter den Bundesangestellten-tarifvertrag (BAT). Dies bedeutet eine Spaltung der Studentischen Beschäftigten, die wir nicht wollen, weil sie

willkürlich und ungerecht ist.

Aber weit her ist es auch mit den Rechten der Studentischen MitarbeiterInnen, die unter den BAT fallen, nicht. Denn auch dort, wo die Hochschulen BAT-Verträge anbieten, schummeln sie oft bei der Einstufung in die richtige Vergütungsgruppe. Den Anspruch muss jede/r individuell geltend machen.

Ihr seht, es liegt einiges im Argen. Um die Rechte nach BAT einzufordern zu können, und um auch für die "klassischen" Studentischen Hilfskräfte tarifvertragliche Rechte zu erkämpfen, müssen wir uns organisieren! Bundesweit arbeitet die Tarifvertragsinitiative Studentischer Beschäftigter gemeinsam mit ver.di und GEW an einem Tarifvertrag für alle Studentischen Beschäftigten. Nur gemeinsam können wir eine angemessene Bezahlung, vertraglich garantierten Urlaub, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder auch vernünftige Vertragsdauern durchsetzen.

Daher wollen auch wir an der Universität Duisburg-Essen eine Tarifini initiieren und laden als erstes herzlich zu einem Info-Treffen ein:

**Donnerstag, 26.10. 2006 um 18.30 Uhr im LK 052 (Campus Duisburg) - oder -**

**Donnerstag, 07.11. 2006 um 18.30 Uhr am Campus Essen (Raum wird noch bekannt gegeben!)**

Weitere Infos unter [www.tarifini.de](http://www.tarifini.de)



# Hegemonie - Sachzwang - Bologna

Schon immer dienten Schulsysteme zur Anpassung des Menschen an den ökonomischen Produktionsapparat. Mit der Transformation der Hochschullandschaft zum Berufsausbildungssystem wird abermals eine zentrale gesellschaftliche Institution in den Dienst des privaten Unternehmertums gestellt.

Unter dem Namen Bologna-Prozess verabschiedet sich die freie Bildung. Die Verschulung durch Modularisierung und Einführung des ECTS-Punktesystems bei Bachelor- und Masterstudiengängen sind dabei nur die eine Seite der Medaille. Deklariert als "Qualitätsmanagement" wird ein neoliberales Kontrollsystem geschaffen, über welches die Unternehmer jetzt sogar direkten Einfluss auf Bildungsinhalte nehmen können. Unter dem Motto "Berufsbezogenheit" werden somit Inhalte die auf den Arbeitsmärkten nicht verwertet werden können oder sogar gesellschaftskritisch sind, vermieden.

"Qualitätsmanagement" setzt sich zusammen aus "Qualitätsentwicklung" (Akkreditierung) und "Qualitätssicherung" (Evaluation). Hierfür werden Kriterien ("Qualitätsstandards") benötigt, die ein Studium hinreichend beschreiben. Leider erwiesen sich die bereits geschaffenen Kriterien als reines Machtinstrument. Studiendauer, Kosten, Effizienz und Berufsbezogenheit sind die Begriffe die den Diskurs über die Hochschulpolitik ausmachen. Kriterien zur Selektivität des Hochschulsystems oder demokratischer Beteiligung hingegen, gelten als überflüssig bis störend.

Anhand dieser "zielgerichteten Neutralität" erweist sich die Akkreditierung als eine Art Gütesiegel für neoliberale Bildung. Die ausführenden Institutionen sind die Akkreditierungsagenturen,

welche ebenfalls durch den Akkreditierungsrat, eine öffentlich-rechtliche Stiftung, akkreditiert werden müssen. Bei der Besetzung des Akkreditierungsrates sind die Vertreter der Gewerkschaften und Studierenden jedoch nur marginal bedacht worden. Somit ist gewährleistet das die "Qualitätsstandards" dem ökonomischem Verwertungsinteressen der Wirtschaft hinreichend gerecht werden.

Inzwischen hat man sich daran gewöhnt. Erst kommt die Studie, dann schreien alle nach mehr Wettbewerb und irgendwann wird in den Medien Optimismus verbreitet. Während Polit- und Wissenschaftspromis anhand der durch Evaluation gewonnenen Statistiken und Rankings zu Selbstbeweihräucherung neigen, macht sich bei den Studentinnen eine nicht-artikulierbare Unzufriedenheit breit. Subtil wird der neoliberale Hochschuldiskurs auf ökonomische Sachzwänge reduziert. Evaluationen liefern dabei nicht nur die nötigen Informationen um einen Wettbewerb zu organisieren. Die erhobenen Daten bestimmen die Debatte und damit das Bewusstsein der Massen. Was Anfangs nur als politisches Machtmittel genutzt wurde, führt zunehmend zur Selbstdisziplinierung und Elitedenken.

Unter den Stichworten Marktmentalität, Berufsbezogenheit und Internationalisierung verdeutlicht sich der Charakter des Bologna-Prozesses. Die Verwirklichung der Anpasstheit in Studium und Karriere bei Kosten deckender Selbstfinanzierung, Studiengebühren und Bologna-Prozess bilden dabei zusammenpassende Steinchen in einem marktradikalen Re-formmosaik. Durch den



Wandel in den Köpfen fanden Studiengebühren erst die nötige "Sachzwangstoleranz". Doch werden sie auch weiterhin von der Mehrheit der StudentInnen nicht akzeptiert.

Es gilt sich deshalb von den Werten und der Sprache der Bologna-Reform zu lösen. Die Bologna-Strukturen müssen in einer breiten Debatte grundsätzlich hinterfragt werden. Hierbei gilt es die gesellschaftliche Rolle von Hochschulbildung erneut zu definieren. Dabei lässt es sich nicht vermeiden, diese Debatte als grundsätzliche zu führen. Denn der ökonomische Druck nimmt nicht nur auf sozial schwache Studierende zu.

Jens Brode

# Repressionen gegen demokratische Öffentlichkeit

## in der Türkei !!!

Vor drei Monaten wurde in der Türkei eine neue Antiterrorgesetzgebung verabschiedet, welches die demokratischen Rechte jedes Einzelnen extrem einschränkt. So kann die Polizei - wenn jemand sich in Untersuchungshaft befindet - den Kontakt mit dem Rechtsanwalt untersagen. Wenn der Inhaftierte in der Haft keine Aussage machen möchte, wird dieses Verhalten als eine organisierte Handlung angesehen und vor Gericht belangt. Dieses Gesetz (auch TMY genannt) betrifft alle Oppositionellen in der Türkei.



Zwischen dem 8. und 12. September wurden 23 Menschen festgenommen, darunter Journalisten der Wochenzeitung ATILIM und Aktivisten der MLKP. Zwei Wochen nach diesen Festnahmen wurden 117 weitere Gewerkschafter, Journalisten der Wochenzeitung ATILIM, Mitarbeiter des Radios "Özgür Radyo", von der Plattform der unterdrückten Sozialisten ESP, vom Frauenverband EKD, sowie von den sozialistischen Jugendvereinen SGD festgenommen. Mittlerweile wurde ein Großteil dieser Menschen wieder freigelassen, aber 47 Menschen werden für längere Zeit in Hochsicherheitsgefängnissen bleiben müssen. Weder die Festgenommenen, noch ihre Angehörigen oder ihre Rechtsanwälte wissen den Grund ihrer Festnahme, da nach der neuen

Antiterrorgesetzgebung bis zur offiziellen Anklage - die mindestens sechs Monate dauert - keine Gründe genannt werden müssen. Auch muss und den Rechtsanwälten keine Akteneinsicht gewährt werden. Erst danach wird entweder eine Anklage gegen sie eröffnet, oder sie müssen weitere sechs Monate in Hochsicherheitsgefängnissen ausharren.

Unter den Festgenommenen befinden sich auch der Vorsitzende der Hafnarbeitergewerkschaft (LIM-

Repressalien ausgesetzt waren, setzten sie ihren Widerstand fort. Sie wurden durch die rücksichtslose Haltung des Unternehmens und der lokalen Behörden immer militanter und errichteten Straßenblockaden, organisierten Demonstration auf der Werft und besetzten schließlich, am 07. Juni, das Schiff, das sie gebaut hatten. Bei all diesen Aktionen griff die Polizei die Arbeiter mit Tränengas und Schlagstöcken an, prügelte auf sie ein und verhaftete sie oftmals. Auch Cem Dinc wurde während dieses Arbeitskampfes vier Mal verhaftet.

Die Entschlossenheit und der Widerstandswille der Arbeiter in der Desan-Werft war ein wichtiges Beispiel für einen entschlossenen Arbeitskampf. In diesem Sinne war es für viele Arbeitsbereiche beispielhaft. Deshalb wurde es auch von den lokalen Behörden, die hinter der Firma standen, und den Bossen selbst, sehr ernst genommen. Cem Dinc hat einen wichtigen Kampf der Hafnarbeiter angeführt. Aber auch die anderen 47 festgenommenen Menschen spielen eine wichtige Rolle im Kampf für mehr soziale und politische Rechte. Deswegen sollen sie durch die neue Antiterrorgesetze mundtot gemacht werden. Denn sie bilden den kritischen Teil der Gesellschaft.

**Wir als Verdi Hochschulgruppe Duisburg, solidarisieren uns mit den 47 festgenommenen Gewerkschaftern, Journalisten und Revolutionären und fordern die sofortige Freilassung!**